



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

CDU und CSU haben in der letzten Woche festgelegt, dass sie mit Angela Merkel an der Spitze zusammen in den Bundestagswahlkampf ziehen werden. Man verständigte sich darauf, ein gemeinsames Regierungsprogramm zu verfassen. Wir wollen damit den Bürgerinnen und Bürger ein Angebot für die nächsten vier Jahre machen. Wir werden alles für einen starken Staat und eine starke Wirtschaft tun, damit es den Menschen in unserem Land auch weiterhin gut geht. Im ländlichen Raum soll genauso gut infrastrukturell ausgestattet sein wie die städtischen Lebensräume, deswegen wollen wir uns speziell für unsere ländlichen Regionen einsetzen.

Im Paul-Löbe-Haus traf ich den Vorsitzenden der Jungen Union Lemgo, Herrn Janik Wiemann. Er macht gerade ein Praktikum im Deutschen Bundestag. Ich habe mich sehr gefreut

über unsere Begegnung und wünsche ihm eine gute Zeit hier in Berlin.

Ihnen allen ein schönes Wochenende!

Ihr *H. Zertik*

Ralph Brinkhaus: „Netzwerk Aussiedler in der CDU Nordrhein-Westfalen ist eine Erfolgsgeschichte“

Neujahrsempfang des Netzwerks im russlanddeutschen Museum in Detmold

Ralph Brinkhaus, Bundestagsabgeordneter und stellv. Landesvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen brachte es auf den Punkt: „Das Netzwerk Aussiedler in der CDU Nordrhein-Westfalen ist eine Erfolgsgeschichte.“ Der Ehrengast auf dem Neujahrsempfang des Netzwerks Aussiedler lobte die Arbeit und das Engagement für die Russlanddeutschen.



Er machte deutlich, dass Aussiedler unser Land bereichert haben: „Aussiedler haben ihren Weg gemacht. Heute sind sie ganz selbstverständlich ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und deswegen ist die Integration von Aussiedlern eine Erfolgsgeschichte für unser Land.“

Der Bundestagsabgeordnete Heinrich Zertik, Vorsitzender des Netzwerks Aussiedler in der CDU Nordrhein-Westfalen, machte in seiner Begrüßungsrede deutlich, dass sich die CDU um die Aussiedlerinnen und Aussiedler kümmert: „Die CDU war es, die die Aussiedlung und Beheimatung von Spätaussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion hier in unserer Heimat erst ermöglicht hat. Deswegen bleibt die CDU ein Anwalt der Spätaussiedler.“

Mit dabei war auch die Landtagsabgeordnete und stellv. Landesvorsitzende der CDU Nordrhein Westfalen, Ina Scharrenbach. Mit einem sehr launigen Grußwort stellte Sie klar, wie wichtig Heinrich Zertik für die CDU ist: „Heinrich, Du bist für die CDU wie die Superzahl bei einem Sechser im Lotto – ein absoluter Gewinn.“ Sie machte deutlich wie der Bundestagsabgeordnete Zertik mit seiner Art und seiner Herkunft als Spätaussiedler Brücken zwischen den Kulturen und Mentalitäten baut.

Das Programm rundete der Chor „Die Quelle“ mit Liedern aus der russischen und russlanddeutschen Kultur ab. Anschließend traf man sich in geselliger Runde zu Gesprächen bei Spezialitäten aus der alten Heimat.



HEINRICH ZERTIK
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

CDU Wir in Lippe



Bericht aus dem Innenausschuss

Die Sitzungen des Innenausschusses in dieser Woche standen ganz im Zeichen von Terrorabwehr und innerer Sicherheit: Themen, die unsere Wählerinnen und Wähler stark beschäftigen. Mit Hochdruck wird derzeit daran gearbeitet, die Vorgeschichte um den schrecklichen Anschlag am 19. Dezember letzten Jahres auf dem Berliner Breitscheidplatz zu analysieren und Lehren daraus zu ziehen, um derartige Attacken in Zukunft nach Möglichkeit zu verhindern. Dazu waren im Ausschuss der



Innensenator von Berlin, Andreas Geisel und der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Ralf Jäger anwesend. Außerdem waren die Bundessicherheitsbehörden mit verschiedenen Vertretern zugegen, um zu klären, wer wann was im Fall Anis Amri bearbeitet hatte. Fehlt es möglicherweise an einer zentralen Institution, bei der die sicherheitsrelevanten Informationen zusammenlaufen und dann die richtigen Schlüsse gezogen werden? In den nächsten Monaten muss nun genau geprüft werden, ob es zu strukturellen Veränderungen kommen muss, wo Kompetenzen gebündelt werden können und welche Gesetzesänderungen folgen könnten. Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stellte eindeutig klar: „Man kann nicht behaupten, dass in Nordrhein-Westfalen alles rechtlich mögliche ausgeschöpft wurde, um Amri schneller in Abschiebehaft zu nehmen.“

Nicht nur der Schutz der Bürgerinnen und Bürger steht im Fokus unserer Arbeit. Die Gewaltbereitschaft bei Angriffen auf Polizei und Rettungskräfte hat stark zugenommen. Allein in 2015 gab es mehr als 64.000 Angriffe auf Polizisten. Deshalb wollen wir als Gesetzgeber das Strafrecht ändern. Auch Feuerwehrleute, Rettungskräfte im Katastrophenschutz oder von Rettungsdiensten werden einbezogen, weil sie auch Ziel von tätlichen Angriffen sind. Nach langen Diskussionen haben dann auch meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD zugestimmt, so dass wir das Gesetz noch in dieser Wahlperiode auf den Weg bringen können.



Schutz für Polizisten und Rettungskräfte weiter verbessert.

In dieser Woche setzt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein deutliches Signal, dass die

Gewalt gegenüber Einsatzkräften nicht hinnehmbar ist. Rabiate Angriffe auf Polizei- und Rettungskräfte nehmen immer mehr zu. Endlich ist der Koalitionspartner auf die langjährige Forderung der Union eingeschwenkt, einen besseren Schutz nicht nur in Sonntagsreden einzufordern, sondern auch mit Hilfe des Strafrechts durchzusetzen.

Zukünftig droht Angreifern nicht nur bei sogenannten Vollstreckungshandlungen wie Festnahmen eine Strafe, sondern bereits bei allgemeinen Diensthandlungen wie dem Streifengang und der Unfallaufnahme. Zusätzlich wird eine Mindeststrafe von drei Monaten eingeführt und der Kreis der besonders schweren Fälle erweitert. Trägt der Angreifer etwa eine Waffe bei sich, so droht auch dann eine besonders hohe Strafe, wenn er diese nicht verwenden wollte.

Die strafrechtlichen Regelungen zum besseren Schutz von Polizei- und Rettungskräften stehen in einer Linie mit weiteren Maßnahmen zur Stärkung der Polizei. Neben der bereits beschlossenen Schaffung von 10.000 neuen Stellen bei den Sicherheitsbehörden des Bundes (u.a. bei Bundespolizei und BKA) schafft man die Möglichkeit zum Einsatz sogenannter Bodycams, die Angriffe auf Bundespolizisten eindämmen sollen.

Gestiegene Ausgaben für Schüler an öffentlichen Schulen.

Jüngst veröffentlichte Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass die öffentlichen Haushalte im Jahr 2014 im Durchschnitt 300 Euro mehr für die Ausbildung eines Schülers an öffentlichen Schulen ausgaben als noch im Jahr 2013.

Im Bundesdurchschnitt beliefen sich 2014 die Kosten auf 6.700 Euro pro Schüler. Die höchsten Ausgaben verzeichneten Berlin und Hamburg (je 8.500 Euro), die niedrigsten Schleswig-Holstein (5.800 Euro) und Nordrhein-Westfalen (5.900 Euro). Die weitaus größten Aufwendungen entfielen dabei auf das Personal (ca. 5.500 Euro pro Schüler), gefolgt von Ausgaben für die Unterhaltung von Schulgebäuden, für Lehrmittel und Baumaßnahmen. Unterschiede zeigten sich auch bei den einzelnen öffentlichen Schularten. Während an allgemeinbildenden Schulen durchschnittlich 7.400 Euro pro Schüler ausgegeben wurden, waren es an beruflichen Schulen rund 4.600 Euro.

